

„Keine Anzeichen für Reduzierung“

Landkreis rechnet zum Jahresende weiterhin mit 10 000 Asylbewerbern

BNN 12.01.2016

Von unserem Redaktionsmitglied
Matthias Kuld

Kreis Karlsruhe. Wie viele Flüchtlinge betreut der Landkreis in Gemeinschaftsunterkünften (GU)? Die diesbezüglichen Zahlen ändern sich schnell. In der Kreistagsvorlage von Ende November war per Jahresende von „mindestens 4 800 Flüchtlingen“ die Rede. Auf Nachfrage zum Jahreswechsel räumt die Landkreisverwaltung ein, dass nur 4 100 Menschen in GU untergebracht seien.

Es seien zum Jahresende einige Asylbewerber weniger zugewiesen worden als die Verwaltung erwartet hätte, heißt es. Die Anrechnung der so genannten Behelfserstaufnahmeeinrichtungen (BEA) – etwa in Philippsburg – auf die Zuweisungsquote in den Landkreis und vermehrte Abgänge in die Anschlussunterbringung (AU) werden als Gründe genannt. „Entscheidend aber“ sei, dass der Landkreis bereits rund 500 Asylbewerber in Wohnungen untergebracht hat, die 2016 in Plätze der AU übergehen werden. Diese Argumente werden genannt, um den Unterschied zwischen

„mindestens 4 800“ und faktisch 4 100 in GU untergebrachten Flüchtlingen zu erklären. Es handele sich „somit um geringfügige Verschiebungen zum Jahresende“.

Ungeachtet dessen sieht der Landkreis derzeit keine Möglichkeit, dass der für Jahresende 2016 prognostizierte Bedarf von 10 000 GU-Plätzen reduziert werden könne. Auch eine wie auch immer

Gemeinschaftsunterkünfte: Planungen gelten weiterhin

geartete Anrechnung über die Ausweisung von BEAs erlaube es nicht, davon abzugehen. Der Landkreis sieht nach eigenen Angaben „keine Anzeichen dafür, dass sich die Zahl von 800 000 Flüchtlingen bundesweit für 2016 reduziert, worauf die ausgewiesene Berechnung von 10 000 Plätzen (im Kreis Karlsruhe) basiert“.

Der Landkreis hat in den vergangenen zwei, drei Jahren ganz erhebliche Anstrengungen unternommen, um ausreichend GU-Plätze für die hohe Zahl von

Asylbewerbern auszuweisen. Dies gelang bislang ohne die Inanspruchnahme beispielsweise von Turnhallen an den Beruflichen Schulen, wie es in anderen Landkreisen bereits der Fall war. Der so genannte „Masterplan“ für die Asylbewerberunterbringung geht nicht nur von 10 000 Flüchtlingen aus, sondern auch davon, dass für diese in unterschiedlichen Unterbringungsformen Plätze bereitgestellt werden können.

Beim Thema Anschlussunterbringung arbeiten Landkreis und Gemeinden eng zusammen. Letztere sind für die AU zuständig, in die anerkannte Asylbewerber oder solche, deren Verfahren über zwei Jahre hinaus dauert, wechseln können.

In dieser Zusammenarbeit geht es nicht nur um eine Wohnraumplattform, sondern ganz konkret um Baumodelle, die sowohl GU- als auch AU-Plätze vorsehen. Diese „Kombimodelle“ wurden in der jüngeren Vergangenheit immer wieder von politischen Kreisen gewürdigt.

Beim Thema Anschlussunterbringung wird per Jahresende ein Bedarf von 3 000 Plätzen erwartet.